

Pressemitteilung Dr. Inge Gräßle (EVP/CDU):

Kommission startet Online-Diskussion über Agrarpolitik in der Europäischen Union

Es geht um eine der Schlüsselentscheidungen für die Landwirtschaft auch in unserem Raum: Welche Agrarpolitik gibt es ab 2013, dem Jahr, in dem die nächste Agrarreform in Kraft treten wird? Die CDU-Europaabgeordnete Dr. Inge Gräßle macht darauf aufmerksam, dass die EU-Kommission dazu jetzt eine Online-Umfrage durchführt und lädt dazu ein, sich daran zu beteiligen.

Einige der Themen: Nutzen einer Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, warum sie reformiert werden soll, wie sie sich an den Erwartungen der Gesellschaft ausrichtet und welche Instrumente für eine erfolgreiche Umsetzung benötigt werden. Hier finden Sie die Online-Umfrage: [http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/debate/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/debate/index_de.htm)

Bis Ende Juni können Organisationen, Interessenverbände oder Einzelpersonen ihre Meinung zur künftigen Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik geben. "Dies ist eine Gelegenheit, die Sie nutzen sollten um ihre Ideen und Verbesserungsvorschläge einzubringen", so Gräßle. Im Juli werden die Ergebnisse in Brüssel in einer öffentlichen Konferenz diskutiert. Im Herbst 2010 wird sie dem Europäischen Parlament und dem Rat der Mitgliedsstaaten eine Mitteilung vorlegen, in die die öffentliche Debatte einfließen soll.

Auch im Europäischen Parlament laufen bereits die Diskussionen um die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013. Wie die Landwirte für ihre Arbeit ausreichend finanzieren? Welche Einkommenszuwächse für die neuen Mitgliedsstaaten? Welche Auswirkungen hat der Klimawandel und die weltweit wachsende Bevölkerung? Gemäß Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO wird die Weltbevölkerung im Jahr 2050 von 6 Milliarden auf 9 Milliarden Menschen ansteigen und damit die Nachfrage nach Lebensmitteln verdoppeln. Die Europaabgeordnete weiß um die Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum und die schwierige Lage der Landwirte. "Wir brauchen Lösungen, die Konsumenten und Produzenten gleichermaßen zufrieden stellen und die EU für die Zukunft fit macht", beschreibt die Europaabgeordnete Dr. Inge Gräßle das Problem. Zur Zeit ist die Landwirtschaft der zweitgrößte Bereich im EU-Haushalt: Er ist der einzige, praktisch voll in die Kompetenz der EU überführte und deshalb von ihr voll finanzierte Politikbereich. Alle anderen Politikbereiche haben große nationale Finanzierungsanteile.